

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 2

Artikel: Teuerung ohne Schuldige
Autor: Küng, Emil
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160538>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gehalten werden oder haben bei Durchführung größerer Unternehmungen versagt. Daß im Kampf um die Apartheid die erste Runde gewonnen ist, daran läßt sich nicht mehr zweifeln. Wird die Regierung auch die zweite gewinnen? Ob Südafrika den Weg der Rassentrennung mit Erfolg fortsetzen könne, hängt letzten Endes davon ab, ob es ihm gelinge, die willige Mitarbeit der Schwarzen zu gewinnen. Dieser Wille zur Zusammenarbeit ist heute bei den gebildeten Führern auf einem Tiefpunkt angelangt. Trotzdem muß die Lage nicht als hoffnungslos bezeichnet werden. Noch geht es dem Afrikaner nicht um politische Systeme, sondern um seinen persönlichen Aufstieg und um seine Menschenwürde. Die Rassenfrage in Südafrika hat ihre gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte; in weit höherem Grade aber ist sie ein menschliches Problem. Die Politik der Apartheid steht und fällt mit der Bereitschaft des weißen Südafrikaners, den Farbigen als Menschen zu achten.

TEUERUNG OHNE SCHULDIGE

VON EMIL KUNG

Die Kettenreaktion

Die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz ist durch eine Merkwürdigkeit gekennzeichnet, über deren Hintergründe man sich noch nicht überall zureichend im klaren ist. Sie zeigt nämlich ein ganz allmähliches Ansteigen der Lebenshaltungskosten, das durchaus inlandbedingt ist und für das wir deshalb die Verantwortung übernehmen müssen, für das sich aber die Verantwortlichen dennoch nur schwer oder gar nicht nennen lassen. Ebenso schwierig ist infolgedessen die Therapie.

Der Ausgangspunkt für diese Entwicklung liegt unzweifelhaft bei der Vollbeschäftigung in Industrie und Baugewerbe, in Verbindung mit den Produktivitätsfortschritten, die in diesen Bereichen ständig erzielt werden. Beides ermöglicht es den Unternehmungen, ihren Arbeitskräften im Laufe der Zeit immer höhere Realeinkommen auszurichten. Dabei ist die Form, in der diese Aufbesserungen zustande kommen, im Grunde genommen völlig gleichgültig. Ob es sich vornehmlich um höhere Stücklöhne oder Stundenlöhne, um Zuschläge für Überzeit oder um reichlichere soziale Aufwendungen han-

delt, hat für unser Problem genau die gleiche Bedeutung wie der Übergang zur Fünftagewoche oder eine sonstige Verkürzung der Arbeitszeit. Wesentlich ist allein, daß die Arbeitnehmer in der einen oder andern Gestalt in den Genuß einer wachsenden Wohlfahrt gelangen. Denn es ist nun diese zunehmende Verbesserung der Arbeits- und Freizeitbedingungen, die auf die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft wie ein Magnet wirkt und sie veranlaßt, in großer Zahl ihren angestammten Beruf zu verlassen.

Die Folgen für die Landwirtschaft sind leicht zu ermessen. Sie bestehen zunächst in einem sich ständig verschärfenden Dienstbotenmangel und in der Notwendigkeit, fortgesetzt mehr ausländische Kräfte einzustellen. Nun ist bekanntlich vorgeschrieben, daß diesen Ausländern die gleichen Löhne bezahlt werden müssen wie den entsprechenden Einheimischen. Weil aber das landwirtschaftliche Personal inländischer Herkunft ununterbrochen knapper wird, sehen sich die Bauern genötigt, die Löhne heraufzusetzen, um jene zu behalten, die sich noch halten lassen. Auch hier kommt es nun in keiner Weise darauf an, ob Monatslöhne ausgerichtet werden, welche den Arbeitsentschädigungen in der Industrie entsprechen, ob Wohnungen für die verheirateten Dienstboten gebaut werden oder ob die Arbeitszeit verkürzt wird, damit auch in dieser Hinsicht eine gewisse Parität zu den Verhältnissen außerhalb der Landwirtschaft hergestellt wird: entscheidend ist lediglich, daß auf die eine wie auf die andere Art eine Zunahme der Arbeitskosten hervorgerufen wird. Denn dieser Anstieg der Arbeitskosten gibt alsdann Anlaß zur Forderung nach höheren Preisen für die Erzeugnisse, wobei es wiederum bedeutungslos ist, ob es sich um tatsächlich ausbezahlte Arbeitskosten für das familienfremde Personal handelt oder um bloß verrechnete, wie sie für den Betriebsinhaber und die mitarbeitenden Familienmitglieder zur Anwendung kommen. Es genügt, darauf hinweisen zu können, daß bei diesen Arbeitslöhnen die Verzinsung des investierten Kapitals ungenügend ausfällt oder daß im Falle der Ansetzung einer «Normalverzinsung» für dieses Kapital der Arbeitsverdienst für den Betriebsinhaber und seine Familie die Parität gegenüber den Verdiensten in der Industrie nicht erreicht.

Tatsächlich kann nicht geleugnet werden, daß die Landwirtschaft in den hochindustrialisierten Volkswirtschaften zu den Stiefkindern der Entwicklung zählt. Dabei handelt es sich gewiß um ein strukturelles oder langfristiges Problem. Es wird jedoch besonders akut in einem Zeitpunkt, da sich die übrige Wirtschaft einer ausgeprägten Hochkonjunktur erfreut, weil diese günstige Lage es gestattet, den beteiligten Produktionsfaktoren rasch und stark wachsende Einkommen auszubezahlen. Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn auch die Landwirtschaft von den Früchten dieser

Hochkonjunktur gern einige pflücken möchte. In der Tat sieht sie sich ja gezwungen, für die familienfremden Arbeitskräfte Löhne auszurichten und Nebenleistungen zu gewähren, welche die Konkurrenz mit der Industrie einigermaßen aushalten. Warum sollen jedoch die familieneigenen Leute schlechter behandelt werden? Müßte dies nicht dazu führen, daß der Nachwuchs für die Betriebsleiter gleichfalls den Weg in die Stadt oder in die übrigen Berufe vorzöge und daß namentlich die Bauerntöchter noch weniger als heute bereit wären, junge Bauern zu heiraten?

Wir sehen, daß tatsächlich gewichtige Gründe dafür anzuführen sind, die staatlich gestützten Agrarpreise höher zu schrauben. Auf der andern Seite steht jedoch fest, daß gerade diese Nahrungsmittel im Rahmen des umgetauften «Index der Konsumentenpreise» (natürlich mißt er nicht die Preise der Konsumenten, sondern der Konsumgüter) eine hervorragende Rolle spielen, so daß dieser Index sehr empfindlich reagiert, wenn sich etwa Milch oder Brot verteuern. Bei der heutigen Voll- und Überbeschäftigung liegt es indes auf der Hand, daß solche Bewegungen sehr bald als Anlaß dazu benützt werden, um Lohnbegehren zu stellen und auch mit günstigen Erfolgsaussichten durchzusetzen. Unterhandlungen und Kämpfe sind überall dort sogar gänzlich überflüssig, wo Indexklauseln oder gleitende Lohnskalen dafür sorgen, daß das Lohnniveau der Teuerung automatisch angepaßt wird.

So kommt es denn dazu, daß die Lohnsätze teuerungsbedingt in Bewegung geraten, daß damit natürlich neuerdings ein Grund für Preisforderungen der Landwirtschaft geboten ist und daß so eine ganze Kettenreaktion ausgelöst wird. Gewiß vollziehen sich die Drehungen dieser Preis-Lohn-Spirale nicht mit beängstigender Geschwindigkeit, sondern vorläufig ziemlich unmerklich. Insbesondere kann von einer explosionsartigen Bewegung oder einer galoppierenden Inflation keine Rede sein. Es genügt jedoch vollauf, wenn die Verbrauchsgüterpreise durchschnittlich pro Jahr auch nur um wenige Punkte steigen, damit das Problem, auf lange Frist betrachtet, alarmierend wirkt. Selbst dann geht es nämlich um eine allmähliche Auslöschung des Geldwertes und um eine kalte, entschädigungslose Enteignung aller derjenigen, deren Nominaleinkommen fixiert sind. Es lohnt sich daher durchaus, den Zusammenhängen nachzuspüren und auf Abhilfe zu sinnen.

Abhilfemöglichkeiten

Wenn ein klassischer Liberaler daraufhin befragt wird, was gegenüber einer Inflation vorzukehren sei, so wird seine Antwort lauten, man müsse das Geld- und Kreditvolumen verringern und den Staatshaushalt in Ordnung bringen. Wie steht es mit der Anwend-

barkeit dieses Rezeptes im konkreten Falle der Schweiz? Was zunächst den Haushalt des Bundes anbetrifft, ist nicht zu bestreiten, daß umfassende Anstrengungen gemacht werden, um ein konjunkturpolitisch richtiges Verhalten zu gewährleisten. Gewiß war die für 1956 beschlossene Steuerermäßigung von diesem Gesichtspunkt aus ein Sündenfall. Das darf uns jedoch nicht hindern, festzustellen, daß seine quantitative Bedeutung geringer ist als seine «moralische» Tragweite. Und daneben haben wir anzuerkennen, daß die Sterilisierung der Einnahmenüberschüsse doch ein beträchtliches Ausmaß annahm und als zweckmäßige Maßnahme gewertet werden muß. Noch mehr zu verlangen, ginge offenkundig über die politisch gebotenen Möglichkeiten hinaus.

Wie steht es mit der Kreditpolitik? Auch von ihr wird man sagen dürfen, daß sie sich der Teuerungsgefahren voll bewußt ist und sich bemüht, einen restriktiven Kurs zu verfolgen. Zwar wurden im Gegensatz zu zahlreichen andern Ländern die Diskont- und Lombardsätze nicht erhöht. Dies hängt jedoch mit der spezifischen Wirkungsweise — und vielleicht Wirkungslosigkeit — dieser Instrumente in unserm Lande zusammen und kann der Notenbankleitung nicht angekreidet werden. Offenmarktoperationen größeren Stiles durchzuführen steht nicht in ihrer Macht und hätte übrigens nur dieselben Konsequenzen wie die vom Fiskus bereits verfolgte Sterilisierungspolitik. Den Banken höhere Mindestreserven vorzuschreiben, ist der Nationalbank versagt. Dennoch ist es ihr in aner kennenswerter Weise gelungen, auf dem Wege eines freiwilligen Abkommens die maßgebenden Kreditinstitute und sonstigen Darlehensgeber darauf zu verpflichten, einen Teil ihrer Barreserven stillzulegen und nicht als Kreditgrundlage zu benützen. Darüber hinaus steht auch noch immer eine Vereinbarung in Kraft, welche die Baufinanzierung etwas erschweren soll. Und schließlich geht ein weiteres derartiges Gentlemen's agreement dahin, die kurzfristigen Guthaben von Ausländern bei schweizerischen Banken eher abzuschrecken und auf diese Weise wiederum das Kreditschöpfungspotential zu verringern.

Gestützt auf diese Darstellung wäre es zweifelsohne ungerechtfertigt, die Finanz- und Währungsbehörden anzuklagen, sie hätten nichts unternommen, um den Preisauftrieb abzdrosseln. Man kann vielmehr mit einem gewissen Recht die These vertreten, die Spirale bewege sich nicht aus monetären, sondern aus andern Gründen. Allerdings ist damit jenes Argument noch nicht entkräftet, das besagt, selbst in diesem Falle hätten es die zuständigen Staats- und Notenbankorgane im Prinzip in der Hand, der Teuerung Schranken zu setzen, da sie ja inlandsbedingt und nicht auf unbeeinflussbare ausländische Entwicklungen zurückzuführen sei. Man brauche nur die Geldversorgung der Wirtschaft hinreichend zu verknappen.

Diesem Hinweis ist die Berechtigung nicht abzusprechen. Angenommen aber, unsere Währungs- und Finanzpolitik verfügte über die erforderlichen Werkzeuge und ginge dazu über, Geldumlauf und Kreditmenge «angemessen» zu komprimieren, so müßte sie sich offenbar als Ziel setzen, die Lohnerhöhungen außerhalb der Landwirtschaft einzudämmen. Denn bei ihnen liegt ja der Ausgangspunkt für die ganze Aufwärtsbewegung. Dies zu erreichen, wäre aber kaum anders möglich als durch eine radikale Deflation, d. h. durch Maßnahmen, welche den Beschäftigungsgrad aufs empfindlichste treffen müßten.

Angesichts einer solchen Perspektive würde es aber wohl selbst den Urhebern des Vorschlages unbehaglich. Ihre These ließe sich gewiß dann eher vertreten, wenn nachgewiesen werden könnte, daß die Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen zu weit gingen. Die restriktive Kreditpolitik kann mit andern Worten auch als «Strafe» oder als Abschreckungsmittel gegenüber Gruppenpostulaten eingesetzt werden, die sich mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen nicht vertragen. Diese Voraussetzung ist jedoch in der Schweiz nicht erfüllt. Wir beobachten vielmehr im Gegenteil, daß die internationale Konkurrenzfähigkeit unseres Landes ausgezeichnet ist. Ein unmißverständliches Anzeichen dafür ist die außerordentlich hohe Zahl der Fremdarbeiter, die wir benötigen, um der Aufträge Herr zu werden. Daß die Gewerkschaften damit einverstanden sind, so viele «Konkurrenten» auf dem nationalen Arbeitsmarkt zuzulassen, deutet ebenfalls darauf hin, daß sie die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge nicht verkennen. Würden sie sich nämlich ähnlich wie gewisse engstirnige Arbeitnehmerorganisationen im Ausland stärker gegen das Hereinlassen ausländischer Arbeitskräfte sträuben, so könnten sie erreichen, daß die Arbeiterknappheit im Inland noch größere Dimensionen annähme und daß die Löhne ganz von selbst über den heutigen Stand hinaus steigen würden.

In Wirklichkeit stellen wir statt dessen fest, daß die Lohnaufbesserungen sich im allgemeinen durchaus in erträglichen Grenzen halten und daß das Problem der Arbeitszeitverkürzung nicht übers Knie gebrochen wird. Übertreibungen bilden die Ausnahme und keineswegs die Regel; dies geht schon daraus hervor, daß die Exporte nicht zu wünschen übrig lassen und daß auch die Gewinne eine Höhe aufweisen, welche der Konjunkturlage entspricht. Der Schluß drängt sich auf, daß die Lohnbewegungen im Durchschnitt jene Linie nicht überschreiten, die durch den Produktivitätszuwachs gezogen wird. Trifft jedoch diese Diagnose zu, so kann anscheinend auch gegenüber den Gewerkschaften der Vorwurf nicht erhoben werden, sie seien an der verhängnisvollen Entwicklung schuld. Es liegt offenbar so etwas wie eine Teuerung vor, für die sich keine Sündenböcke finden

lassen. Zum mindesten geben die fortwährenden Lohnanpassungen in der Industrie — anders verhält es sich im Baugewerbe! — nicht Anlaß zu höheren Preisen für die Erzeugnisse. Soll man jedoch den Arbeitnehmern einen Strick daraus drehen, daß sie die Produktivitätssteigerungen dazu ausnützen, ihre eigene Lage zu verbessern?

Mit derselben Nachsicht wird man freilich auch die Reaktionsweise der Landwirtschaft zu beurteilen haben. Zwar ist zu sagen, daß die Parität zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der industriellen Erzeugnisse möglicherweise hergestellt ist, da ja die Industrieprodukte sich kaum verteuern. Damit ist indes noch keine Gewähr dafür geboten, daß auch eine Einkommensparität zwischen den beiden Bereichen existiert. Verbessern sich vielmehr die Arbeitsentschädigungen in der Industrie unausgesetzt, so verbreitert sich auch der Abstand der Verdienste gegenüber jenen in der Landwirtschaft, falls es der Urproduktion nicht gelingt, die eigenen Erlöse und Einkommen in gleichem Maße zum Steigen zu bringen. Und ist dies nicht auf marktwirtschaftlichem Wege möglich, so wird eben die Wirtschaftspolitik dafür in Anspruch genommen. Als Begründung dient dabei das abgegebene Versprechen, die landwirtschaftlichen Einkommen hätten eine gewisse Parität zu denjenigen in der Industrie zu wahren.

Ursachen und Auswege

Solange wir uns im Rahmen der geschilderten Systembedingungen bewegen, scheint es in der Tat kaum eine Möglichkeit zu geben, um der verhängnisvollen Spirale zu entrinnen. Der tiefste Grund für die auftretenden Störungen ist hierbei wohl darin zu erblicken, daß die Industrie imstande ist, die Entschädigungen für die in ihr Beschäftigten ziemlich schnell zu erhöhen — schneller jedenfalls als die Produktions- und Absatzverhältnisse in der Landwirtschaft dies zulassen. Dies beruht in erster Linie darauf, daß die Produktivität rascher steigt, weil die technischen und organisatorischen Fortschritte und die Kapitalverwendung die Erträge pro Arbeitskraft heute in ansehnlichem Tempo anwachsen lassen und die Vollaussnutzung der Produktionskapazitäten die Stückkosten tiefhält. Allerdings wird man dem entgegenhalten können, daß auch in der Landwirtschaft die Arbeitsergiebigkeit in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen ist. Das soll nicht bestritten werden, ist aber andererseits geradezu eine Ursache für das Auftreten von Überschußproblemen, Absatzschwierigkeiten und Preissenkungstendenzen. Von derartigen ungünstigen Konsequenzen ist dagegen die Industrie vorläufig verschont, weil sie damit rechnen kann, daß ihre Produkte im Zuge der Realeinkommenszunahme der Bevölkerung viel stärker nachgefragt werden als diejenigen der Landwirtschaft.

Es sind somit letztlich Unterschiede in bezug auf die Geschwindigkeit der Produktivitätssteigerungen und Differenzen hinsichtlich der Einkommenselastizität der Nachfrage nach den beiden Erzeugnisarten, die den Spannungen zugrunde liegen. Diese Verschiedenheiten lassen sich aber grundsätzlich nicht aus der Welt schaffen. Man kann sich ihnen nur auf zweierlei Arten anpassen. Entweder überläßt man die Entwicklung völlig sich selbst; dann wird die Landwirtschaft einen beschleunigten Schrumpfungsprozeß erleben, weil die Einkommensdisparität gegenüber der Industrie zusehends größer wird. Oder man sucht die Landwirtschaft zu stützen und vielleicht in ihrem Bestande zu erhalten. Das ist aber angesichts der kostenmäßig überlegenen ausländischen Konkurrenz nur möglich mit staatlichen Schutzmaßnahmen. Allein auch diese Eingriffe können nun zweierlei Formen annehmen. Die eine Möglichkeit besteht darin, in der herkömmlichen Art und Weise den Konsumenten die Lasten aufzuerlegen, indem durch Importmonopole und mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen, Abnahme- und Preisgarantien im Inland die Verkaufspreise der Agrarprodukte für die einheimischen Anbieter so hoch gehalten werden, daß deren Einkommensansprüche befriedigt werden. Dabei ist jedoch vollkommen klar, daß diese Methode immer höhere Preise mit sich bringt — ohne daß doch jemandem eindeutig die Schuld für die Teuerung in die Schuhe geschoben werden könnte. Es stellt sich daher dringend die Frage, ob dieses verhängnisvolle Ergebnis nicht durch ein anderes Vorgehen zu vermeiden wäre.

Tatsächlich gibt es indessen einen solchen Ausweg. Er besteht zunächst darin, daß die Landwirtschaft alles daran setzt, um durch Selbsthilfemaßnahmen eine Ermäßigung ihrer Produktionskosten zu erzielen, also die unausweichliche Verteuerung der Arbeit durch Rationalisierung auszugleichen. Soweit diese Bemühungen nicht genügen, könnte die Wirtschaftspolitik in die Lücke treten, indem etwa sachliche Produktionsmittel verbilligt abgegeben werden, damit die Preise der Produkte nicht erhöht zu werden brauchen und die Landwirte gleichwohl auf ihre Rechnung kommen. Gewiß hätte dieses Verfahren ein Mehr an Subventionen zur Folge. Ohne Zweifel würde es auch auf die Dauer eine zusätzliche Belastung der Steuerzahler mit sich bringen. Wir stehen indessen nur vor der Alternative, ob wir die übrige Wirtschaft in ihrer Eigenschaft als Konsumenten von Agrarerzeugnissen stärker zum Tragen der Lasten heranziehen und dabei eine Teuerung in Kauf nehmen wollen, oder ob wir bereit sind, die erforderlichen Mittel durch den Fiskus abschöpfen zu lassen — sofern wir, wie gesagt, nicht beabsichtigen, die Landwirtschaft einer schmerzhaften «Sanierung», Bereinigung und Schrumpfung auszusetzen.